15. Landschaftsversammlung 2020-2025



Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung am 20.03.2023 in Köln, Horion-Haus - öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Anders, Patrick
Boss, Frank
Cöllen, Heiner
Henk-Hollstein, Anne
Kretschmer, Gabriele
Petrauschke, Hans-Jürgen
Dr. Schlieben, Nils Helge
Schönberger, Frank

für Hermes, Achim

SPD

Bozkir, Timur Brodrick, Helmut Joebges, Heinz Prof. Dr. Rolle, Jürgen Schmitz, Hans Wucherpfennig, Brigitte

für Cirener, Thomas Vorsitzender

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bortlisz-Dickhoff, Johannes Ernst, Sandra Klemm, Ralf Peters, Anna Rickes, Roland

FDP

Effertz, Lars Oliver Runkler, Hans-Otto

AfD

Matzerath, Markus

Die Linke.

Basten, Larissa

Die FRAKTION

von Kruedener, Aaron

für König, Simon

Gruppe FREIE WÄHLER

Bayer, Udo

Verwaltung:

Limbach, Reiner
Dr. Schwarz, Alexandra
Dr. Franz, Corinna
Pagenkopf, Ralf
Fischer, Martina
Piel, Lena
Beuel, Stefan (Protokoll)

Franke, Antje Schneider, Sandy Soethout, Guido Erster Landesrat Landesrätin 5 Landesrätin 9 FBL 12 FB 14 Stab GGM OE 10.10

GPR persl. Referentin ELR FBL 21 (bis TOP 4)

<u>Tagesordnung</u>

Öffentliche Sitzung 1. Anerkennung der Tagesordnung		<u>Beratungsgrundlage</u>
2.	Niederschrift über die 12. Sitzung vom 06.02.2023	
3.	Anfragen und Anträge	
3.1.	Anfrage "Fair"Trade im LVR	Anfrage 15/54/1 Die FRAKTION K
3.2.	Beantwortung der Anfrage Nr. 15/54/1	
3.3.	Anfrage Fahrdienstnutzung	Anfrage 15/55/1 Die FRAKTION K
3.4.	Beantwortung der Anfrage Nr. 15/55/1	
4.	Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023; hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung	15/1402/1 B
5.	Verschiedenes	
Nichtöffentliche Sitzung		
6.	Niederschrift über die 12. Sitzung vom 06.02.2023	
7.	Anfragen und Anträge	
8.	Personalmaßnahmen	
8.1.	Besetzung von Fachbereichs- und Außendienststellenleitungen	
8.1.1.	Besetzung der Leitung des LVR-Instituts für Landeskunde und Regionalgeschichte	15/1544 E
8.1.2.	Besetzung der Leitung des LVR-Fachbereiches 52 - Schulen -	15/1545 E
8.1.3.	Besetzung der Leitung des LVR-Fachbereichs 14 - Recht, Versicherungen und Innenrevision -	15/1550 E
8.2.	Bestellung zum Prüfer des LVR-Fachbereichs Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland	15/1555 E
8.3.	Personalmaßnahmen hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung	15/1541 B
9.	Verschiedenes	

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr Ende öffentlicher Teil: 10:15 Uhr Ende nichtöffentlicher Teil: 11:00 Uhr Ende der Sitzung: 11:00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

Punkt 2

Niederschrift über die 12. Sitzung vom 06.02.2023

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 3

Anfragen und Anträge

Neben den unter TOP 3.1 und TOP 3.3 genannten Anfragen, die mit den Schreiben laut TOP 3.2 und TOP 3.4 durch die Verwaltung beantwortet wurden, liegen keine weiteren Anfragen und Anträge vor.

Herr von Kruedener bedankt sich für die Fraktion Die FRAKTION für die ausführliche Beantwortung der beiden Anfragen.

Punkt 3.1

Anfrage "Fair"Trade im LVR
Anfrage Nr. 15/54/1 Die FRAKTION

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.2

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/54/1

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.3

Anfrage Fahrdienstnutzung Anfrage Nr. 15/55/1 Die FRAKTION

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 3.4

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/55/1

Auf die Ausführungen zu TOP 3 wird verwiesen.

Punkt 4

Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023;

hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung Vorlage Nr. 15/1402/1

Herr Klemm kündigt an, dass sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei der Abstimmung enthalte, weil die Beratung in der Fraktion noch nicht abgeschlossen sei.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, AfD, DIE LINKE. und FREIE WÄHLER, bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die FRAKTION, folgenden Beschluss:

- "1. Dem Entwurf des Nachtragshaushaltes 2023 für die Produktgruppe 084 im Produktbereich 01 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1402/1 zugestimmt.
- 2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Finanzplanung dem Beschluss entsprechend anzupassen."

Punkt 5

Verschiedenes

Herr Limbach berichtet eingehend über den aktuellen Sachstand der Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen sowie die zu erwartende Praxis der Übernahme für den kommunalen Beamtenbereich.

Er führt aus, dass Ende der kommenden Woche die dritte und perspektivisch letzte Verhandlungsrunde für die Entgelte der Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen in Potsdam terminiert sei. In den letzten Wochen habe es auch im LVR – vorwiegend in den LVR–Kliniken – breit angelegte Streikaktivitäten gegeben. Diese würden in dieser Woche sowie am 27.03. fortgesetzt und beträfen viele Arbeitsfelder der Kommunen, zuvorderst den öffentlichen Personennahverkehr, aber auch die Flughäfen.

Herr Limbach erklärt, dass in der Verhandlungsrunde im Februar die Arbeitgeber ihr Gegenangebot unterbreitet hätten, das aber sehr direkt zurückgewiesen worden sei. Inhalt sei eine Steigerung der Bezüge um 5% bei einer Laufzeit von 27 Monaten und eine steuerfreie Sonderzahlung von insgesamt 2500 €, aufgeteilt in zwei Tranchen a 1500 € bzw. 1000 € gewesen. Damit lägen die gewerkschaftlichen Forderungen und das Arbeitgeberangebot noch weit auseinander, sowohl in Bezug auf die Entgelterhöhungen als auch die Laufzeit des Tarifabschlusses. Dennoch bestehe ein erheblicher Einigungsdruck, so dass man von einem erfolgreichen Abschluss zum 31.03. ausgehe. Soweit die Arbeitgeberseite im Hinblick auf eine längerfristige Planbarkeit eine Laufzeit von mindestens zwei Jahren erreichen wolle, werde sie Bewegung bei der prozentualen Erhöhung zeigen müssen. Umgekehrt müssten sich die Gewerkschaften mit der möglichen Einmalzahlung als ein Baustein der Tarifeinigung, auf die auch andere Branchen zurückgegriffen haben, auseinandersetzen.

Die größte Hürde für eine Einigung dürfe die Forderung der Gewerkschaften nach einer Erhöhung von nominal mindestens 500 € in den unteren Vergütungsgruppen darstellen.

Laut Aussage von Herrn Limbach sei denkbar, dass eine arbeitgeberseitige Mit- oder

Vollfinanzierung des neuen Deutschlandtickets ab dem 01.05.2023 in eine Tarifeinigung als weiterer Baustein einbezogen werde. Dies wiederum würde den Druck auf die Länder verstärken, für die Beamt*innen der Kommunen durch gesetzliche Regelung eine entsprechende Finanzierungsoption zu schaffen.

Aufgrund der Praxis in der Vergangenheit sei davon auszugehen, dass das Land NRW den Abschluss für den kommunalen Beamtenbereich mit Wirkung zum 01.10.2023 inhaltsgleich übernehmen werde.

Diese Auswirkungen für beide Statusgruppen würden dann im LVR für den Haushalt 2024 berücksichtigt und bereits im Jahr 2023 entsprechende Zusatzbelastungen bewirken.

Auf Nachfrage von **Herrn Klemm** zur Bezuschussung des neuen Deutschlandtickets durch den LVR, führt **Herr Limbach** ergänzend aus, dass zunächst eine mögliche Tarifeinigung auch zu diesem Thema und eine daraus möglicherweise resultierende Übertragung auf die Beamt*innen abzuwarten bleibe. Wenn hierzu keine Einigung erzielt werde, müssten die rechtlichen Möglichkeiten, die aktuell weder für den Tarif- noch für den Beamtenbereich bestehen, ausgelotet werden.

Unter Verweis auf das offensichtlich andere Vorgehen einiger kommunaler Arbeitgeber und Dienstherrn, wie z.B. des Kreises Mettmann und der StädteRegion Aachen, bezeichnet **Herr Klemm** das Handeln des LVR als zu zögerlich und würde sich für die Tarifbeschäftigten auch für den Fall eine Bezuschussung wünschen, wenn dies für die Beamt*innen nicht möglich sein sollte.

Über den Fortgang der Angelegenheit wird im Ausschuss berichtet.

Mechernich, den 13.04.2023 Köln, den 23.03.2023

Der Vorsitzende Die Direktorin des Landschaftsverbandes

Rheinland In Vertretung

Schmitz Limbach